

# Fortschrittmärchen für ein zerstörerisches Wachstum



Peter Hensinger, 2. Vorsitzender  
diagnose:funk

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe diagnose:funk-Mitglieder,

wenn 20 % der Bevölkerung von einem Thema bewegt sind oder gar protestieren, wird es für Politiker relevant. Jahrelang war sich die Politik sicher, man könne die Mobilfunkkritiker ignorieren. Nun ergab eine Untersuchung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), dass bundesweit **51 % der Bevölkerung über die Risiken der Strahlung beunruhigt** sind. Wegen der Strahlung von Mobilfunkmasten sind es sogar 83 %. Nur noch 37 % vertrauen darauf, dass staatliche Institutionen des Strahlenschutzes sie schützen. Und dazu kommt: der 5G-Widerstand in hunderten Kommunen macht viele Politiker sprachlos. Die Politik aktiviert nun ihre Risikokommunikatoren, die darüber hirnieren, wie man den Widerstand einfängt. Und das Bundesamt für Strahlenschutz gründet in Cottbus eine eigene Außenstelle, die Clearing-Stellen in Kommunen und Landkreisen dafür mit Strategien und Textbausteinen versorgen soll. Doch die Bürgerinitiativen haben die Tatsachen auf ihrer Seite. Die Gesundheitsrisiken der Mobilfunkstrahlung werden durch neue Forschungen bestätigt. Ärzteverbände klinken sich in die Kritik ein, und in Italien bestätigt jetzt ein Berufungsgericht den Zusammenhang zwischen Handystrahlung und Gehirntumoren. Wie soll man das alles kleinreden?

Die letzten 15-Jahre Risikoentsorgung funktionierten nicht. Das BfS dachte, es reicht aus, wenn man unbequeme Studienergebnisse als irrelevant erklärt, und hatte die Illusion, wir würden das glauben. Die Gutachter für das BfS haben die Zwickmühle erkannt, weil „die eigenhändige Beschäftigung mit Strahlung nicht für diese Beruhigung sorgt, sondern diese Personen im Gegenteil mehr Sorgen haben“, so heißt es in der Untersuchung. Wir begrüßen also gelassen diese Clearing-Stellen, weil wir uns sicher sind, dass sich dann noch mehr BürgerInnen mit unseren Informationsmaterialien beschäftigen werden. Das wird den Widerstand beflügeln. Am ersten 5G-Protesttag im Januar dieses Jahres fanden in über 30 Städten Aktionen statt, das war erst der Auftakt. Die Bürgerinitiativen beginnen jetzt, sich zu vernetzen, einheitliche Forderungen zu entwickeln und damit den Druck zu erhöhen. Dafür

wird diagnose:funk weiter mit Materialien die schlagkräftigen Argumente liefern. 5G und die Digitalisierung werden die Gesellschaft in einer Weise umkrempeln, die wir nicht wollen. Sie sind kein Naturgesetz, sondern menschengemacht, ein Geschäftsmodell für das zerstörerische Wirtschaftswachstum. Wer braucht das autonome Fahren, das Internet der Dinge oder die digitalisierte Bundeswehr? Die Gesamtrisiken beschreibt der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung (WBGU) folgendermaßen:

„Es gibt technologische Vorstöße und Entwicklungslinien, die vor dem Hintergrund des Nachhaltigkeitsverständnisses des WBGU nicht toleriert werden dürfen und unbedingt zu vermeiden sind. Dies betrifft vor allem

- > Risiken der autokratischen, kleptokratischen (=willkürlich bereichernd) Totalüberwachung aller Individuen durch digital aufgerüstete staatliche Institutionen (im Sinne von „Orwell 2084“),
- > die vollständige Machtübernahme über Konsumbedarfe durch wenige Konzerne und
- > den Ersatz menschlicher Wesen durch digital konstruierte und operierende technisierte Geschöpfe.

In so mancher Hinsicht ist zu hoffen, dass die entworfene Dystopie (= Erzählung mit negativem Ausgang) nie Realität wird. Doch muss sie gerade deshalb jetzt erzählt werden, um ihre Verwirklichung rechtzeitig zu verhindern und eine konstruktive Nutzung der Digitalisierung für eine nachhaltige Zukunft möglich zu machen.“<sup>1</sup>

Die Politiker erzählen ein Fortschrittmärchen, um davon abzulenken, wie sie der Industrie freie Bahn für deren Geschäftsmodelle geben. Die Digitalisierung wird dadurch zum Brandbeschleuniger der Umweltzerstörung - diese Warnung durchzieht das WBGU-Gutachten. Die Geschichte, welche zerstörerischen Konsequenzen die Digitalisierung hat, muss ohne Beschönigungen erzählt werden, erst dann kann man Gegenstrategien entwerfen. Tragen wir dazu bei, dass eine Hauptschlagader dieser Dystopie, die 5G-Technologie, nicht zu schlagen beginnt.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Peter Hensinger

<sup>1</sup>Hauptgutachten des WBGU (2019): Unsere gemeinsame digitale Zukunft, Kapitel 6, S. 305